NACHRICHTEN
Österreich

04. März 2025

Bauernprotest in Wien: ÖVP und FPÖ im Streit um Landwirtschaftsrechte!

Die FPÖ ruft zur Bauerndemonstration in Wien auf, während der Bauernbund vor Wahlen Verständnis für Landwirtschaft fordert.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die politische Landschaft in Österreich stellt sich derzeit auf die kommenden Herausforderungen ein. Besonders im Fokus steht die angekündigte Bauerndemonstration der FPÖ, die am Ballhausplatz in Wien stattfinden soll. Laut Angaben der FPÖ wird mit 200 bis 300 Teilnehmern gerechnet, was bereits zu Spannungen zwischen ÖVP und FPÖ geführt hat. Die FPÖ sieht sich als Sprachrohr der Bauern, während der Bauernbund die Vorwürfe zurückweist und die FPÖ bezichtigt, die Landwirtschaft für eigene parteipolitische Ziele zu instrumentalisieren, so ORF.at.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen äußerte sich der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner scharf zu den vermeintlichen Fake News des Bauernbundes. Dieser hatte ein Zitat von Landesrätin Susanne Rosenkranz, das sich auf mögliche Enteignungen im Rahmen der Renaturierungs-Verordnung bezog, aus dem Kontext gerissen und für eigene Zwecke genutzt. Schmiedlechner bezeichnete diese Praxis als „völlige Tatsachenverdrehung und Rufschädigung“ und machte damit die Verantwortung des Bauernbundes deutlich, der seiner Meinung nach die Interessen der Bauern verrate. In seiner Rede stellte er klar, dass die Freiheitlichen Bauern die ehrliche Vertretung der Landwirte seien, während die Politik des Bauernbundes und der ÖVP Familienbetriebe massiv unter Druck

setze, berichtete APA-OTS.

Wirtschaftliche Situation und Zukunft der Landwirtschaft

Unterdessen zeigt sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft ambivalent. Während die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft 2022 im Durchschnitt bei 45.757 Euro pro Betrieb lagen, was eine signifikante Erhöhung von 42,3 Prozent gegenüber 2021 bedeutet, erwarten die Experten für 2023 briskere Zahlen. Die Bundesregierung hat das Agrarbudget auf 3,07 Milliarden Euro für 2024 angehoben, was einer Steigerung von 129,5 Millionen Euro im Vergleich zu 2023 entspricht. Damit wird ein deutlicher Schritt in Richtung Unterstützung der Landwirte signalisiert, auch wenn Schmiedlechner betont, dass immer mehr Auflagen und Richtlinien die Bauern belasten. Der FPÖ-Politiker sieht die Bauern in einem Kampf gegen bürokratische Hürden und für faire Bedingungen in der Landwirtschaft, was zu einer weiteren Mobilisierung führen könnte.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **orf.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at